

Die Tschetschenische Republik Itschkeria 1998

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Halbach, U. (1998). *Die Tschetschenische Republik Itschkeria 1998*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 49/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47759>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Tschetschenische Republik Itschkeria 1998

Zusammenfassung

Nach Beendigung des Krieges mit Rußland stellte sich für Tschetschenien die Frage, ob der militärisch erfolgreiche Sezessionskampf eine tschetschenische Nation geschaffen habe. Der Kriegsbeginn hatte mit dem Gegenteil zu tun gehabt: Moskau hatte seit September 1994 mit geheimdienstlich-militärischen Mitteln in Machtkämpfe eingegriffen, in denen sich Dudaev – seit 1991 die Verkörperung der "tschetschenischen Revolution" – mit innenpolitischer Opposition auseinandersetzen hatte. Erst Moskaus Krieg gegen die Zivilbevölkerung in Tschetschenien ließ eine *Widerstandsnation* entstehen, die ihre Kräfte gegen einen materiell überlegenen Gegner mobilisierte und diesen schließlich zum Rückzug zwang. Der Krieg ließ gleichwohl eine zerrissene Gesellschaft zurück, in der die Führer der "boeviki", die Feldkommandanten, zu innenpolitischen Akteuren und wirtschaftlichen Unternehmern wurden. Die Nachkriegsentwicklung zeigte, daß Sezessionsbewegungen einen Krieg leichter gewinnen als den Frieden. Mit der Konsolidierung ihrer inneren Souveränität tat sich die faktisch unabhängig gewordene, international freilich nicht anerkannte "Tschetschenische Republik Itschkeria" unter ihrem Präsidenten Maschadov schwer. Besonders im zweiten Halbjahr 1998 erinnerten Machtkämpfe an die Verhältnisse vom Herbst 1994, allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Erhob sich damals Opposition gegen den radikalen Sezessionskurs Dudaevs, stellte sich nun eine Koalition von "Feldkommandanten" gegen die als "rußlandfreundlich" denunzierte Regierungspolitik Maschadovs. Was nachfolgend über Desintegrationserscheinungen in Tschetschenien gesagt wird, muß vor dem Hintergrund der enormen Probleme gesehen werden, die der Krieg dem kleinen Land aufgebürdet hat. Die vereinbarte Finanzhilfe Rußlands für die Überwindung der Kriegsschäden wurde Tschetschenien bislang vorenthalten.

Tschetschenien nach dem Krieg

Von verlässlicher statistischer Erfassung soziökonomischer und demographischer Realität kann schon in bezug auf die meisten GUS-Staaten kaum die Rede sein; für die Nachkriegsgesellschaft Tschetscheniens gilt dieser Vorbehalt umso mehr. Die Informationslage ist dort so mangelhaft, wie die Infrastruktur des Landes zerstört ist. 1998 stellten die Regierungszeitungen "Itschkeria" und "Vast" ihr Erscheinen ein. Die Erlasse des Präsidenten und der Regierung werden somit nicht mehr veröffentlicht. Von mehr als 30 Zeitungen, die 1997 existierten, sind viele ebenfalls geschlossen worden. Die Pressefreiheit wurde zunehmend eingeschränkt – durch Ausnahmemaßnahmen der

Regierung im Kampf gegen ihre Gegner, durch islamische Normen, durch private Racheakte gegen Journalisten. Auch das nationale Fernsehen arbeitet unter äußerst schwierigen Bedingungen.¹ Selektive Nachrichten werden von wenigen Journalisten übermittelt, die das Land noch bereisen. Der Hauptteil der Informationen stammt aus russischen Quellen.

Das Land hat heute schätzungsweise 800.000 Einwohner (etwa 1,2 Mio. vor dem Krieg). Die Kriegstoten werden in tschetschenischen Quellen auf über 100.000 beziffert, international schwanken die Angaben zwischen 60.000 und 80.000. In der Kriegsphase von Dezember 1994 bis August 1996 flohen an die 400.000 Menschen – Tschetschenen, Russen und Angehörige anderer Nationalitäten – aus der Republik. Ein Teil der tschetschenischen Flüchtlinge kehrte seit dem Kriegsende wieder in ihre Heimat zurück. Viele Flüchtlinge aus Tschetschenien leben aber noch in Stavropol, Krasnodar, Rostov und anderen Regionen Südrusslands als äußerst ungeliebte "Gäste". Viele von ihnen können als ehemalige Gegner des Dudaev-Regimes nicht in ihre Heimat zurückkehren. Nach Angaben des Nationalitätenministeriums in Moskau lebten 1998 noch zwischen 30.000 und 50.000 Russen in Tschetschenien (1989: 300.000 Russen in der damaligen Tschetscheno-Inguschischen Autonomen Republik).

Tschetschenien erlebte in seiner neueren Geschichte, d.h. nach der Rückkehr der deportierten Tschetschenen und Inguschen und der Wiedereinrichtung der binationalen ASSR 1957, einen Untergang in drei Stufen. Nach den in der sowjetischen Statistik angewandten sozioökonomischen Indikatoren figurierte es am untersten Ende der nationalen Gebietseinheiten und verharrte in einer Unterentwicklung, die Züge einer absichtlichen Benachteiligung trug und die das Mißtrauen Moskaus gegenüber den Bergvölkern des Kaukasus und besonders gegenüber den Tschetschenen reflektierte. In der zweiten Stufe wurde diese Unterentwicklung durch den Zusammenbruch von Wirtschaft und Staatlichkeit unter dem Sezessionsregime Dudaevs potenziert. In der dritten Stufe folgte dann im Krieg von Dezember 1994 bis August 1996 die physische Zerstörung des Landes. 30 Städte und Ortschaften waren völlig zerstört. Der Krieg hinterließ eine große Zahl von Minen, denen besonders Kinder täglich zum Opfer fallen. Nach einer tschetschenischen Quelle betrug die Zahl der Obdachlosen 1997 210.000. 400.000 Einwohner bedurften der medizinischen Rehabilitation.²

Der Rest funktionierender Wirtschaft wurde zerstört, wenn auch die Bombardements der Bundestruppen die Erdölinstallationen aussparten. Die schon vorher zerrüttete Erdölindustrie mit ihren Raffinerien in Groznyj wurde im Krieg und nach dem Krieg zum Objekt von Plünderung und "wilder Privatisierung". Aus eigenen Ressourcen fließt kaum Geld in die Staatskasse. Die Hauptressource ist gegenwärtig die Transportroute für Erdöl aus Aserbaidschan nach Rußland, die auf einer Länge von 150 km durch Tschetschenien verläuft. Während die meisten Punkte der Verhandlungen mit Rußland ungeklärt blieben oder nicht implementiert wurden, verlief die Auseinandersetzung über den Öltransit relativ pragmatisch.³

Die Schattenwirtschaft blüht. Ausländische Investitionen fehlen, zumal es derzeit keine internationale Präsenz in Tschetschenien gibt. Mit der Häufung von Entführungs- und Terrorakten haben internationale Organisationen das Land verlassen. Präsident Maschadov warb auf Auslandsreisen um Investitionen, besonders in Washington und Ankara. Neben der erheblichen Unsicherheit schreckt der Zustand der Infrastruktur wirtschaftliches Engagement ab. Der Zustand der Straßen erschwert den Warentransport nach und in Tschetschenien. Was an Infrastruktur im Krieg nicht zerstört wurde, verfällt aufgrund mangelhafter Wartung. Das Wasser- und Abwassersystem in Groznyj ist zusammengebrochen. Da auch die Müllentsorgung äußerst mangelhaft ist, besteht erhöhte Gefahr für die Verbreitung von Seuchen.⁴

¹ Siehe dazu A. Chatuev, Cenzura rynka i sariata, Nezavisimaja gazeta, Elektronnaja versija, Nr. 212, 13.11.1998.

² Spravka "O sostojanii del v social'noj sfere ČRI", KM CRI Social'nyj blok ASU, Ijul' 1997g.

³ Danach sollen bis zu 2,9 Mio. t Öl durch Tschetschenien geleitet werden, wofür der tschetschenischen Seite Einnahmen von 7,4 Mio. Dollar zufließen sollen. Siehe Segodnja, 6.5.1998, S. 5.

⁴ Die hier angeführten Angaben stammen aus einem Bericht der OSZE-Hilfsgruppe für Tschetschenien vom 13.4.1998.

Vor dem Hintergrund dieses Elends und des Mangels an Staatlichkeit blüht im Nachkriegstschetschenien die Kriminalität. Ihr sichtbarstes Zeichen ist die enorme Häufung von Entführungsfällen. Kidnapping wurde zum regelrechten Erwerbszweig, wobei tschetschenische "Unternehmer" ihr Geschäft hierbei über die Republikgrenzen hinaus betrieben. Nach Angaben des Moskauer Innenministeriums sind Ende 1998 150 Menschen in Tschetschenien Opfer von Geiselnahme, zeitweise waren es Hunderte. Der spektakulärste Fall, die Entführung Valentin Vlasovs, des Vertreters des russischen Präsidenten in Tschetschenien, ging kürzlich durch die bislang rätselhafte Befreiung der Geisel zu Ende.

Die innenpolitischen Konflikte

Als Aslan Maschadov im Januar 1997 zum Präsidenten gewählt wurde, sah man in Moskau den Wahlausgang als das für Rußland unter den gegebenen Umständen wünschenswerte Ergebnis an. Als Befehlshaber der "boeviki" hatte er zwar für Rußland den Kriegsgegner, für die Gegenseite den Sieg im Unabhängigkeitskampf personifiziert. Aber gerade aufgrund dieser Tatsache galt er als die einzige politische Figur, der nationale Integrationskraft und die Fähigkeit zugetraut wurde, politisches Chaos in der abtrünnigen Republik und dessen Überschwappen auf Nachbarregionen zu verhindern. Außerdem hatte er sich in Verhandlungen den Ruf einer Führerpersönlichkeit erworben, die pragmatische Ziele nationaler Leidenschaft überzuordnen vermag, auch wenn er am Unabhängigkeitsbeharren Tschetscheniens keinen Zweifel ließ. Seine Konkurrenten, der ehemalige Ideologe des Dudaev-Regimes, Jandarbiev, und der in Rußland als Terrorist wegen der Geiselnahme von Budennovsk gesuchte Feldkommandant Basaev, standen für die "permanente Revolution" gegen Rußland. Die Option Moskaus für Maschadov verstärkte sich noch in jüngster Zeit, als dieser von Gegnern aus dem radikalen Lager in die Enge getrieben wurde.

Das verwirrende innenpolitische Kräftespiel – insgesamt sind beim Justizministerium der Republik mehr als 300 "Parteien" und gesellschaftliche Vereinigungen registriert – wird unterschiedlich interpretiert. Eine tschetschenische Quelle legt es als "Vielzahl widersprüchlicher Ideologien und Meinungen zur Frage der Errichtung eines tschetschenischen Staatswesens" dar, als Führungskampf um Politik und Ideologie, in dem folgende Hauptrichtungen konfliktieren: eine "islamische Richtung auf staatlicher Ebene" (Maschadov), die "Diktatur des Staatsapparats" (Turpal Ali Atgeriev, zuständig für Staatssicherheit), der "islamische Staat" oder die "islamische Nation" (Ex-Außenminister Udugov, Jandarbiev), eine traditionell-islamische Richtung (Salman Raduev) u.a.⁵ Anders stellt ein westlicher Kaukasusexperte die "fault lines" dar: Es gehe nicht um die ideologische Ausrichtung der Staatlichkeit, sondern um den Zusammenstoß zwischen jenen Kräften, die überhaupt Staatlichkeit wollen, und solchen, die sie ablehnen, um eine ihren eigenen Zwecken förderliche Anarchie zu bewahren. Im Lager der Anarchisten stehen die zahlreichen "warlords", die sich auf der Grundlage ihrer ehemaligen Feldkommandanturen Teilfürstentümer errichtet haben und diese ausbeuten.⁶ Auch der Vorsitzende des russischen Duma-Komitees für Nationalitätenangelegenheiten, Vladimir Zorin, charakterisierte das "System militärischer Territorialautonomie", das sich im Krieg herausgebildet hat, als das Haupthindernis für eine Überwindung der Anarchie. Mit Machtmitteln sei ihm kaum beizukommen, nur Erfolge der Regierung auf sozialökonomischem Feld könnten hier noch etwas bewirken.⁷

Die Entwicklung 1998

Das Jahr begann mit der zweimaligen Ernennung Šamil Basaevs zum Premierminister. Mit diesem Akt wollte Maschadov einen Protagonisten des radikalen Lagers in das Regime integrieren. Tatsächlich machte sich Basaev zum Sprecher für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols

⁵ Ramsan Goitemirow, Sekretariat der Grünen Bewegung Tschetscheniens: Information über die Krisensituation in der Tschetschenischen Republik Itschkeria, ihre Gründe und die Art und Weise eines Auswegs aus der Krise, Groznyj, Oktober 1998.

⁶ Thomas de Waal, Watching Chechnya from Within, in: Transition, October 1998, S. 74-77.

⁷ Nezavisimaja gazeta, 24.7.1998, S. 2.

und setzte sich selber eine Frist von sechs Monaten für die effektive Bekämpfung der Kriminalität. 1997 war ein "Gesetz über Bewaffnung" verabschiedet worden, das die Entwaffnung paramilitärischer Gruppen vorsah – eines von vielen Gesetzen, das unter den gegebenen Verhältnissen in Tschetschenien kaum durchsetzbar war, aber die "warlords" gegen die Regierung mobilisierte. Basaev, der die von ihm selber gesetzte Frist für eine Normalisierung erwartungsgemäß nicht einhalten konnte, trat am 3. Juli von seinem Regierungsamt zurück. Maschadov ernannte ihn zum Obersten Befehlshaber der Streitkräfte, aber auch diesen Posten räumte Basaev kurz darauf. Danach war er wieder im Oppositionslager zu verorten.

Der Konflikt zwischen Maschadov und seinen Gegnern spitzte sich im Sommer 1998 zu. Der Präsident verhängte am 23. Juni den Ausnahmezustand. Am 15. Juli kam es dann in der zweitgrößten "Stadt" Tschetscheniens, in Gudermes, zu den bisher schwersten Kämpfen zwischen gegnerischen Gruppierungen. Dabei geriet ein Bataillon der Nationalgarde mit einem sogenannten "Islamischen Regiment" aneinander. Laut Mitteilung Groznyjs kämpften darin sogenannte "Wahhabiten", darunter auch aus anderen nordkaukasischen Republiken und aus dem Ausland, gegen die Regierung. Einen Tag nach den Kämpfen kündigte Maschadov die Auflösung aller "wahhabitischen" Gruppen und Bewegungen und die Schließung oppositioneller Massenmedien an. Sein Pressesprecher erklärte, das Vorgehen der Exekutive zielt auf die Unterbindung des Einflusses radikaler Ideologien von außen, die im Lande selber keine Wurzeln hätten. In Tschetschenien mache die Zahl der "Wahhabiten" kaum zwei Prozent der Bevölkerung aus.

Die Regierung verschärfte ihr Vorgehen gegen illegal bewaffnete Verbände und Personen, "die anti-staatliche Propaganda betreiben und eine die Gesellschaft spaltende religiöse Ideologie verbreiten". Offenbar reichte dieser Personenkreis aber in die eigenen Reihen hinein, denn es wurden nun Mitglieder des Präsidialrats und des Obersten Schari'a-Gerichts ihrer Posten enthoben. Religiös-politisch agitierende Ausländer wurden des Landes verwiesen. Namhafte Politiker und Feldkommandanten traten in offene Konfrontation zur Regierung. Die Kampfansage gegen die "Wahhabiten" rief Jandarbiev auf den Plan. Der einstige Führer der "Vainachischen Demokratischen Partei", Nachfolger Dudaevs im Präsidentenamt nach dem gewaltsamen Tod des "Revolutionsführers" im April 1996 und Konkurrent Maschadovs bei den Präsidentschaftswahlen 1997, präsentierte sich als Protagonist des fortgesetzten "islamischen Widerstands" gegen Rußland. Er rief die "verfolgten Wahhabiten" dazu auf, sich im Süden des Landes neu zu formieren. Als Gegner der Regierung trat auch die bizarrste Figur unter den ehemaligen "boeviki" auf, Salman Raduev, und zwar an der Spitze einer "Armee des General Dudaev".

Der Attentatsversuch gegen Maschadov am 23. Juli markierte den Höhepunkt der Spannungen. Maschadov selber schrieb das Attentat nicht näher genannten ausländischen Geheimdiensten zu, die den Terrorakt "mit den Händen lokaler Komplizen ausübten, die nach Macht und Geld gieren".⁸ Gleichzeitig rühmte er sich, in Tschetschenien ein "tadschikisches, afghanisches oder algerisches Szenario" bislang verhindert zu haben – ein Hinweis darauf, daß seine politischen Gegner den Islam als Waffe benutzen. Das Parlament stellte sich auf die Seite Maschadovs. Die oppositionellen Feldkommandanten riefen ein "Forum des tschetschenischen Volks" als Alternative zum Parlament ins Leben. Im Herbst trieb die politische Polarisierung auf ihren Höhepunkt zu. Maschadov beauftragte seinen Vertrauten Atgeriev mit der Organisation eines "Allnationalen Kongresses zur Unterstützung des Präsidenten". Auf der Gegenseite formierte sich ein Lager aus rund 35 Oppositionsgruppen. Ehemals enge Mitarbeiter Maschadovs wie der Vizepräsident Vaha Arsanov bezichtigten den Präsidenten der Verfassungsverletzung.

Mit einem Kabinettswechsel versuchte Maschadov, die Gemengelage aus seinen Anhängern und Gegnern im Regierungslager zu bereinigen. Zuletzt fiel Außenminister Udugov dieser Bereinigung zum Opfer. Er hatte eine grenzübergreifende Islambewegung gegen Rußland im Kaukasus gefördert und sich ideologisch in das Lager der Regierungsgegner eingeordnet. Die Außenpolitik wird nun maßgeblich von Jusup Soslambekov gestaltet, der sich intensiv für eine Regelung des Konflikts mit

⁸ Nezavisimaja gazeta, 24.7.1998, S. 1.

Moskau eingesetzt hatte und die "Konföderation der kaukasischen Völker" leitet. Bei der Regierungsumbildung Anfang September wurde er zum Vize-Premierminister und Sondervertreter des Präsidenten für außenpolitische Fragen ernannt. Zum neuen Außenminister machte Maschadov indes Achjad Idigov, einen der engsten Verwandten Dudaevs. Damit zollte er dem Kult um den "Führer der tschetschenischen Revolution" Tribut und machte deutlich, wie sehr Politik im Nachkriegstschetschenien den Ausgleich zwischen divergierenden Kräften und Symbolen suchen muß.

Basaev, Raduev und ein dritter ehemaliger Feldkommandant, Hunkar Paša Israpilov, riefen das Parlament zur Amtsenthebung des Präsidenten auf. Dieser untergrabe durch seine Politik gegenüber Rußland die schwer erkämpfte Souveränität der Republik. Als das Parlament dem nicht Folge leistete, richteten die Feldkommandanten ihren Appell an das Oberste Schari'a-Gericht. Maschadov reagierte mit einem Haftbefehl gegen Raduev, der am 4. November vom Obersten Schari'a-Gericht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, aber weiterhin in Freiheit lebt und die Regierung provoziert. In den anhaltenden innenpolitischen Wirren spielen auch Faktoren eine Rolle, die hier nicht näher analysiert werden können und von Landesexperten kontrovers dargelegt werden, insbesondere jene sippenhaften Netzwerke, die in Tschetschenien als "teip" bezeichnet werden und den in den Machtkampf verstrickten Personen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Rückhalt geben.

Der Islam als Waffe im Machtkampf

Die offizielle Geistlichkeit unterstützte Maschadov. Ihr oberster Vertreter, Mufti Ahmad-Hadži Kadyrov, bezichtigte Politiker wie Jandarbiev und Udugov der islamistischen Hetze und bezeichnete die "Wahhabiten" als Feinde des Islam, die Konflikte in Tschetschenien entfachen und zur Einmischung in die Angelegenheiten der Nachbarrepublik Dagestan anstacheln.⁹ Am 26. Oktober wurde ein Mordanschlag auf den Mufti unternommen, der den "Wahhabiten" zugeschrieben wurde. "Wahhabismus" wurde wie in anderen muslimischen Teilen der ehemaligen Sowjetunion auch in den nordkaukasischen Republiken, besonders in Tschetschenien und Dagestan, zu einem unscharfen Rundumbegriff für alle Formen eines nicht staatskonformen, gegen die offizielle Geistlichkeit opponierenden Islam. Im tschetschenischen Fall tendiert er dazu, den politischen Konflikt zwischen moderaten und radikalen Kräften, zwischen Maschadov und seinen Gegnern, zu bezeichnen. Dabei ergibt sich ein Abgrenzungsproblem dadurch, daß das Regime seit Kriegsende selber die Islamisierung durch die Einrichtung von Schari'a-Gerichten und anderen Institutionen betrieben hatte – das oberste Sicherheitsorgan der Republik nennt sich offiziell Ministerium für Schari'a-Staatssicherheit –, und daß die "Radikalen" in die Machtstrukturen integriert waren. Figuren wie der ominöse Feldkommandant Chattab, ein aus Jordanien stammender islamistischer Propagandist, standen zumindest vorübergehend auf der Seite des Regimes. Der Krieg hatte die Islamisierung Tschetscheniens beschleunigt und die Analogie zu der vom Islam geleiteten Widerstandsgemeinschaft der Völker Dagestans und Tschetscheniens gegen die russische Kolonialpolitik im 19. Jahrhundert vergegenwärtigt. Die verstärkte, von der Regierung mitgetragene Nachkriegs-Islamisierung hatte drei Zielrichtungen: Sie sollte den Islam als eine ideologische Grundlage des Unabhängigkeitskampfes hervorheben, gleichzeitig eine Disziplinierungsgrundlage für die Nachkriegs-Ordnung schaffen und schließlich die Grundverschiedenheit dieser Ordnung von der Verfassung der Russischen Föderation, mithin die Unumkehrbarkeit der Sezession, unterstreichen. Sie förderte aber nach Einschätzung eines russischen Islamexperten protestgebundene Formen des Islam, die sich gegen die Regierung richteten. Die vom Regime als "wahhabitisch" definierten Kräfte protestieren nicht nur gegen Abweichungen vom "Revolutionskurs Dudaevs", sondern auch gegen die Korruption in den Machtorganen.¹⁰ Brisant ist dabei ein über die Republikgrenzen hinausgreifendes Vereinigungsbestreben, wobei insbesondere "wahhabitische" Querverbindungen zwischen Tschetschenien und Dagestan identifiziert werden. Sie werden zum Beispiel durch den von Basaev

⁹ Zit. ebenda, S. 2.

¹⁰ Alexander Iskanderjan, Der islamische Radikalismus im Nordkaukasus, in: Wostok, 6/1998, S. 21.

geführten "Kongreß der Völker Tschetscheniens und Dagestans" und die von Ex-Außenminister Udugov inspirierte "Islamische Nation" repräsentiert. Im engeren doktrinalen Sinne steht "Wahhabismus" für die in Saudi-Arabien beheimatete Ideologie des "reinen" und "geläuterten Islam", die gegen Überfremdungen und Überlagerungen der ursprünglichen Religionsform mit nicht-puristischen Elementen wie Sufismus und Volksislam Front macht. Darin steckt eine Herausforderung an den Traditionalismus der Völker im östlichen Nordkaukasus, der im Sufismus und Volksislam tief verwurzelt ist. Maschadov hat die "Wahhabiten" zu Hauptgegnern einer Normalisierung des politi-

schen Lebens in Tschetschenien erklärt und sich bitter darüber beschwert, daß arabische Agenten den Tschetschenen den Islam beibringen wollten. Eine ähnliche Frontstellung gegen vermeintliche oder tatsächliche islamistische Herausforderungen bezieht die Regierung Usbekistans seit langem. Dort wurde "Wahhabismus" zum politischen Schlagwort, unter dem alle Formen "islamischer Wiedergeburt" außerhalb staatlich kontrollierter Sektoren verfolgt werden. Auch in Dagestan hat die Regierung den Kampf gegen die "Wahhabiten" aufgenommen.

Beziehungen zwischen Moskau und Groznyj

Ex-Ministerpräsident Černomyrdin, GUS-Exekutivsekretär Berezovskij, der Präsident Tatarstans Šajmiev und Aleksandr Lebed' richteten am 28. Juli ein Memorandum an die russische Regierung: Da wurde eindringlich vor einer Wiederholung des Szenarios von 1994 gewarnt und zu einer längst überfälligen Klärung der Politik gegenüber Tschetschenien und dem gesamten Nordkaukasus aufgefordert. Kurz darauf kam es mit dem Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Kirienko in Groznyj zum ersten russisch-tschetschenischen Spitzentreffen seit einem Jahr. Damit lockerte Moskau seine Verweigerungshaltung, die der abtrünnigen Republik keine Kontakte auf höchster Ebene zubilligte, ihre internationale Isolierung betrieb und ihr die versprochene Finanzhilfe vorenthielt. Zwar machte auch Kirienko keine substantiellen Hilfsangebote und zog lediglich eine unrealistische Freihandelszone in Tschetschenien in Erwägung, räumte aber immerhin ein, daß Rußland seinen vertraglich eingegangenen Verpflichtungen gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner nicht nachgekommen ist. Maschadov reagierte positiv auf das Treffen, das allerdings durch die russische Finanzkrise und die Entmachtung Kirienkos relativiert wurde. Bei einem inoffiziellen Besuch in Washington verkündete Maschadov die Bereitschaft Tschetscheniens, mit Rußland einen gemeinsamen Wirtschafts- und Verteidigungsraum zu bilden. Vize-Premier Soslambekov setzte in einem Interview Ende September einen noch deutlicheren rußlandpolitischen Akzent: Die Unabhängigkeit Tschetscheniens vorausgesetzt, könnten Moskau und Groznyj zu Verbündeten im Kaukasus werden.¹¹ Ende Oktober traf der neue russische Ministerpräsident Primakov mit Maschadov in Vladikavkaz (Nordossetien) zusammen. Dabei wurde nochmals unterstrichen, daß die Erfüllung der gegenüber Tschetschenien eingegangenen Hilfsverpflichtungen durch Moskau grünes Licht für die Normalisierung der bilateralen Beziehungen geben könnte. "Wir sind nicht weit davon entfernt, einen Endpunkt bei der Lösung des Konflikts zwischen der Russischen Föderation und der Tschetschenischen Republik zu setzen", sagte Maschadov im Anschluß an das Treffen.¹² Rußland erscheint heute, nach Ausbruch der Finanzkrise im August 1998, jedoch weit davon entfernt, die weitere Destabilisierung des Nordkaukasus durch effektive wirtschaftliche Maßnahmen verhindern zu können.

Uwe Halbach

¹¹ Nezavisimaja gazeta, Elektronnaja versija, Nr. 181, 30.9.1998.

¹² Nezavisimaja gazeta, Elektronnaja versija, Nr. 203, 30.9.1998.